Amerika nach den Wahlen

Autor(en): **Sturmthal, Adolf**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **27 (1948)**

Heft 12

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-336018

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

nommen wird, auf kantonalem Gebiet die gesamte Tuberkulose umfassend und bis zu ihrer Vernichtung zu bekämpfen. Die Tuberkuloseinfektion soll rechtzeitig festgestellt werden können, die medizinisch und fürsorgerisch bestgeeigneten Methoden sollen zur Anwendung gelangen, und in Wohn- und Arbeitsstätten sollen hygienische, tuberkuloseverhindernde Zustände geschaffen werden.

Neuartig ist ein Vorgehen, über das bisher kein Staat verfügt: Engste Verbindung der Bekämpfung der Tuberkulose beim Menschen und Tier zugleich.

Wenn im Gesetz von der Tuberkulose- oder Krankenversicherung nicht die Rede ist, so ist das dem Umstand zuzuschreiben, daß für diesen Zweig der Sozialgesetzgebung eine besondere Vorlage mit Teilobligatorium in Aussicht genommen ist. Es versteht sich dabei von selbst, daß die Versicherungsansprüche den Fürsorgeleistungen gegenüber die Priorität haben werden.

ADOLF STURMTHAL

Amerika nach den Wahlen

Neuyork, Mitte November 1948

1.

Die nackten Ziffern des amerikanischen Wahlergebnisses können leicht irreführen. Präsident Truman hat 304 Stimmen im Wahlkollegium, Dewey nur deren 189, Thurmond, der Kandiat der Staatsrechtspartei, ihrer 38. Im Haus der Repräsentanten werden 243 Demokraten und 190 Republikaner sitzen, eine demokratische Mehrheit von 53; im Senat gibt es 57 Demokraten und 38 Republikaner, eine demokratische Mehrheit von 19 Sitzen. Das sieht nach einem überwältigenden Sieg der Demokraten aus, und moralisch handelt es sich zweifellos um einen gewaltigen Erfolg. Wenn man aber die Wählerzahlen selbst betrachtet, dann erscheint das politische Antlitz der Vereinigten Staaten in anderem Lichte. Die Zahl der demokratischen Stimmen belief sich nämlich auf 23,4 Millionen, die der Republikaner auf 21,4 Millionen. Die Mehrheit der Demokraten war also nur etwa zwei Millionen Stimmen. Anders ausgedrückt, Präsident Truman hatte 49,9 Prozent der abgegebenen Stimmen, Dewey, der Kandidat der Republikaner, vereinigte auf sich 45,6 Prozent der Stimmen. Es ergibt sich daher, daß die Demokraten nicht die Mehrheit der

abgegebenen Stimmen auf sich vereinten und daß der prozentuale Unterschied zwischen den beiden großen Parteien recht gering ist.

Alles das zeigt, daß die beiden historischen Parteien Amerikas beinahe gleich stark sind und daß relativ kleine Wählerverschiebungen den Ausschlag bei den Wahlen geben können. Auf diese relativ geringe Wählerzahl muß daher die Strategie der Parteien ausgerichtet werden. Diese sogenannten unabhängigen, das heißt an keine Partei gebundenen Wähler bilden zwischen den beiden großen Parteiblocks das Zünglein an der Waage. Sie bestimmen den Kurs und damit die Geschichte der Vereinigten Staaten.

2.

Die Betonung der Knappheit des Sieges soll nichts von der Größe des Erfolges Trumans, nichts von der allgemeinen Überraschung über seinen Sieg wegnehmen. Diese Wahlschlacht war ohne Zweifel die seltsamste in den Vereinigten Staaten in diesem Jahrhundert. Gab es doch keinen einzigen politischen Kommentator, keine ernst zu nehmende Zeitung, keinen Abstimmungsexperten und – mit Ausnahme Trumans – keinen Kandidaten, der nicht vom Siege Deweys überzeugt war. Selbst als am Abend des Wahltages die ersten Resultate Trumans Führung zeigten, war noch jedermann der Meinung, das sei dem Zufall zuzuschreiben, daß die ersten Resultate aus den Städten kamen, in denen die Demokraten traditionell stärker sind als die Republikaner. Erst im Laufe des nächsten Vormittags war es unwiderleglich klar, daß Dewey die Schlacht verloren hatte. Der Verlust der beiden Staaten Ohio und Illinois war ein deutliches Anzeichen des Wahlausgangs.

Es wird wohl Wochen angestrengter Arbeit bedürfen, bevor die tieferen Gründe des überraschenden Wahlresultats entdeckt werden können. Ein Studium der Wahlziffern von Bezirk zu Bezirk wird nötig sein, um das Versagen der Republikaner zu erforschen. Aber man wird wohl nicht völlig fehlgehen, wenn man folgende Umstände in Betracht zieht:

1. *Der Wahlausgang hat die Stärke der New-Deal-Tradition im Lande bewiesen.* Die Sozialphilosophie, die Franklin D. Roosevelt geprägt und zum Inhalt der Regierungspolitik in den dreißiger Jahren machte, hat das Land weit stärker für sich gewonnen, als die Beobachter bisher annahmen. Das felsenfeste Vertrauen in die Weisheit der Industriekapitäne, der Glaube in die allselige Lehre des Manchester-Liberalismus, die Überzeugung, daß die Regierung nur Übles tun könne – mit einem Wort die Philosophie, die nach dem ersten Weltkrieg Harding und Coolidge zum Triumph führte, ist tot.

Der Lärm der Zeitungen und noch mehr der Zeitschriften wie des Readers Digest, Life, Time und Fortune, die sensationellen Erfolge von Büchern, die die Ideen von Adam Smith vertreten, alles das zeigt mehr, was die oberen Schichten wünschen, als was die Volksmasse glaubt. Auch in den Vereinigten Staaten ist die Lehre vom alleinseligmachenden Manchester-Liberalismus vorbei. Es ist vor allem die Jugend des Landes, die für die neuen Ideen gewonnen wurde, die Franklin D. Roosevelt vertrat. Berichte von verschiedenen Landesteilen zeigen, daß die Parteiarbeit der Republikaner zur Hauptsache von älteren Männern und Frauen geleitet wurde. Selbst in der Opposition hat anscheinend die Republikanische Partei auf die Jugend nur geringe Anziehungskraft ausgeübt.

2. Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß Truman seinen Erfolg vor allem der hingebenden *Propaganda der Gewerkschaften* verdankt. Es ist nicht übertrieben, wenn man sagt, daß die Gewerkschaften die einzigen Massenorganisationen waren, die sich für die Wiederwahl Trumans einsetzten. Ein erheblicher Teil der amerikanischen Presse ist gegenwärtig damit beschäftigt, diese Tatsache zu verwischen, weil sie die Dankesschuld des Präsidenten an die Gewerkschaften fürchtet, die ihn dazu bewegen könnte, allzu gewerkschaftsfreundlich zu sein.

Die demokratische Parteimaschine hat die Kandidatur Trumans nicht nur mit Unwillen gesehen, sondern auch so sehr als hoffnungslos betrachtet, daß sie nichts unternahm, um seine Kampagne zu fördern. Die Demokraten des Staates New Jersey, zum Beispiel, haben es nicht einmal für notwendig angesehen, die Radioübertragung einer der Wahlreden des Präsidenten vorzubereiten. Nur wenige der Kabinettsmitglieder haben Wahlreden gehalten. Truman ist ohne, ja zu einem großen Teil gegen die Demokratische Partei gewählt worden.

Um so notwendiger und wirkungsvoller war die Wahlkampagne der Gewerkschaften. Es ist richtig, daß viele der Gewerkschaftsfunktionäre die Wiederwahl Trumans ebenso für hoffnungslos ansahen wie der Rest der Bevölkerung; aber sie gaben den Kampf dennoch nicht auf. Sowohl die AFL, der alte amerikanische Gewerkschaftsbund, wie die CIO, der Kongreß der Industriegewerkschaften, und die von beiden unabhängigen Eisenbahnergewerkschaften leisteten gewaltige Arbeit, um die Wähler zu mobilisieren. Es ist auch kennzeichnend, daß mit ganz wenigen Ausnahmen alle Gewerkschaftsführer sich für Truman aussprachen. Unter den verschwindend geringen Ausnahmen war wieder einmal John L. Lewis, der sich so deutlich, wie es ihm die Umstände erlaubten, für Dewey aussprach, freilich ohne selbst auf die Bergarbeiter erheblichen Eindruck zu machen.

Der Hauptgrund für die Haltung der Gewerkschaften war das sogenannte *Taft-Hartley-Gesetz*, ein Antigewerkschaftsgesetz, das von den beiden republikanischen Funktionären, Senator Taft und Repräsentant Hartley ausgearbeitet und gegen den Widerstand des Präsidenten Truman in Kraft gesetzt wurde. Das Gesetz enthält Bestimmungen, die für die Gewerkschaften geradezu ein Sonderrecht negativer Natur schaffen. Vielleicht noch schwerer fällt ins Gewicht, daß das Amt für Arbeitsrecht – der National Labor Relations Board – das Gesetz in einer Art und Weise ausgelegt hat, die selbst Sachkenner unerwartet fanden, und zwar beinahe immer in einer den Gewerkschaften feindseligen Art und Weise. Auf diese Weise ist aus einem arbeiterfeindlichen Gesetz ein Instrument des organisierten Streikbrechens geworden, weit über die Absichten hinaus, die zur Zeit der Diskussion über das Gesetz geäußert wurden. Gerade in den letzten Wochen vor der Wahl hat das Amt ein paar Auslegungen verlautbart, die nicht nur führende Gewerkschaftsfunktionäre, sondern auch den Mann hinter dem Schraubstock in Erregung versetzen mußten. Das Resultat war, daß er und seine Freunde zur Wahl gingen und ihre Bekannten zur Wahlurne brachten, während viele republikanische Sympathisanten zu Hause blieben. Kurz gesagt: *der Arbeiterhaß der republikanischen Reaktionäre und Konservativen war eine der wichtigsten Ursachen ihrer Wahlniederlage.*

3. Truman hat allerdings nicht in allen Industriestaaten gewonnen. Er hat vor allem den Staat Neuyork verloren. Nach den Voraussagen hätte er freilich nicht nur Neuyork, sondern auch Ohio, Illinois und Kalifornien verlieren müssen, da Wallace in allen diesen Staaten gerade genügend Stimmen erobern würde, um Dewey die Mehrheit zu sichern. Das überraschend schwache Abschneiden der neuen Fortschrittlichen Partei unter Henry Wallace gehört mit zu den wichtigsten Ursachen des Wahlsieges Trumans.

Der Staat Illinois mit Chicago ist freilich ein Sonderfall, da es dort das Wahlgesetz war, das Henry Wallace daran hinderte, eine ansehnliche Stimmenzahl zu erzielen. Aber von Illionis abgesehen, war es eigentlich nur Neuyork, wo Wallace eine gewisse Stärke zeigte, während in allen andern Staaten seine Wählerzahl zu gering war, um Truman ernstlich Abbruch zu tun. Die meisten Beobachter stimmten darin überein, daß Wallace im Verlauf der letzten Wochen vor dem Wahltag an Masseneinfluß rapid verloren hat. Während es im Sommer noch recht wahrscheinlich war, daß er eine Wählerzahl von vier oder fünf Millionen erzielen könne, hat die immer deutlicher werdende Beherrschung seiner Partei durch die Kommunisten seiner Kandidatur während der Wahlkampagne sehr geschadet. Die Stimmen, die er verlor, sind Truman zugute gekommen.

4. Das vermutlich erstaunlichste Teilstück eines erstaunlichen Wahlsieges ist Trumans Sieg in Iowa. Iowa ist ein vorwiegend landwirtschaftlicher Staat, berühmt für Mais und Schweine. Daß die wohlhabenden Farmer Iowas, die bisher als treue Anhänger der Republikanischen Partei galten, für Truman stimmten, ist wohl die größte Überraschung dieses Wahltages. Aber nicht nur in Iowa, auch in andern landwirtschaftlichen Staaten der Union hat Truman erstaunliche Stärke bewiesen.

Diese *Abkehr der Farmer von der Republikanischen Partei* ist von allen Überraschungen dieser erstaunlichen Wahl wohl am schwersten zu erklären. Vielleicht handelt es sich darum, daß Dewey als Vertreter der Großindustrie angesehen wurde, der für die Stützung der Agrarpreise weniger übrig haben werde als Truman. Vielleicht war es einfach so, daß die Farmer, denen es noch nie in der Geschichte besser ging als eben jetzt – die feinsten Luxusautos gehen in die Farmgegenden, und eigene Sonderflüge nach Europa sind für die Farmer des Mittleren Westens organisiert worden –, für den Präsidenten stimmten, unter dessen Regierung es ihnen so gut geht.

5. Schließlich muß unter den Faktoren, die Trumans Sieg vermutlich erklären, seine Wahlkampagne genannt werden. Amerikanische Soziologen sind nicht müde geworden, auf Studien hinzuweisen, die angeblich gezeigt haben, daß Wahlkampagnen am Wahlausgang nichts oder zumindest nur ganz wenig zu ändern vermögen. Aber die Wahrheit dieser Behauptung ist nach der Erfahrung des 2. November zumindest äußerst umstritten.

Beobachter, die die beiden Wahlkampagnen – die Trumans und die Kampagne Deweys – aus der Nähe beobachten konnten, stimmen darin überein, daß Truman ein weitaus überlegener Stratege war. Seine Reden hatten Feuer und – mitunter demagogische – Popularität, während Dewey steif und förmlich blieb. Truman sprach klar und offen über die Probleme, die Amerika in der nächsten Zukunft zu lösen haben wird; Dewey verwendete diplomatische Phrasen, die bei näherer Prüfung sich immer als nichtssagend herausstellten. Truman sprach von der Teuerung, der Kriegsgefahr, den Schwierigkeiten, die die Gewerkschaften infolge des Taft-Hartley-Gesetzes zu überwinden haben, und er verstand es, dafür entweder die republikanische Mehrheit des achtzigsten Kongresses verantwortlich zu machen oder zumindest zu zeigen, daß Dewey keine Lösung wisse. Dewey, seines Sieges allzu gewiß, sprach in der olympischen Ruhe des künftigen Präsidenten. Es war, als ob die Rollen umgekehrt wären – Truman als Volkstribun, Dewey der Staatsmann. Das Volk entschied sich für seinen Tribunen.

3.

Was sind die Folgen des Wahlergebnisses?

Auf gesetzgeberischem Gebiet ist es klar, daß im wesentlichen der New-Deal-Kurs fortgesetzt werden wird, aber mit ungleich besseren Aussichten auf Erfolg. Denn nun hat der Präsident einen Kongreß, auf den er sich im großen ganzen verlassen kann.

Es würde zuweit führen, wollten wir hier die Kongreßwahlen im Detail erörtern. Der Wahlsieg des Professors Douglas im Staate Illinois, des Bürgermeisters von Minneapolis, Humphrey, im Staate Minnesota, und anderer würde eine eingehende Diskussion verdienen. Es genügt aber, darauf hinzuweisen, daß von nun an im Senat 54 Demokraten 42 Republikanern gegenüberstehen und daß nach vorsichtigen Schätzungen mehr als 30 Demokraten und 15 oder 16 Republikaner als fortschrittlich angesehen werden können, so daß sich – über Parteigrenzen hinweg – eine fortschrittliche oder, wie man hierzulande sagt, liberale Mehrheit ergeben dürfte. Im Repräsentantenhaus wird es 263 Demokraten und 172 Republikaner geben und, wenn nicht die Anzeichen trügen, eine «liberale» Mehrheit von etwa 240 Stimmen.

In der *Außenpolitik* wird sich vermutlich nicht viel ändern, sofern man auf die Richtung der Politik abstellt. In ihren Methoden mag sich schon einiges ändern: von nun an wird der Präsident, gestützt auf seine neugewonnene Autorität, die Außenpolitik erheblich beeinflussen. Aber die wesentlichen Elemente der Außenpolitik sind wohl unwiderruflich gegeben. Der Marshallplan (mit oder ohne Sekretär Marshall) wird seine Fortsetzung finden, die Aufrüstung wird weitergehen, und der Gegensatz zur Sowjetunion – der einzigen Großmacht, die den USA jemals gefährlich werden kann – wird weiterbestehen, selbst wenn es gelingen sollte, die Intensität des Konfliktes zu reduzieren.

In der *Innenpolitik* steht vor allem eines fest: das Taft-Hartley-Gesetz geht seinem Ende entgegen. Ob es aufgehoben oder durch radikale Reformen seiner Giftzähne gegen die Gewerkschaften beraubt werden wird, ist noch nicht klar, aber auch von untergeordneter Bedeutung. Davon abgesehen ist es wahrscheinlich, daß die bestehenden wirtschaftlichen Kontrollmaßnahmen im wesentlichen beibehalten und einige neue hinzugefügt werden. Ob Preiskontrollen eingeführt werden, steht noch dahin. Wesentlicher ist, ob der Steuerfuß, den die Republikaner leichtfertig herabsetzten, während die Inflation Triumphe feierte, wieder erhöht werden wird. Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaues mit Bundesmitteln, ein System der Krankenversicherung und die Verbesserung des Gesetzes über die Mindestlöhne sind weiter wahrscheinlich.

Von grundsätzlicher Bedeutung ist die Frage, ob der Präsident sein Programm zum Schutz der staatsbürgerlichen Rechte dem Kongreß wieder unterbreiten wird. Es handelt sich dabei vor allem um *Maßnahmen zum Schutze der Neger*, gegen die die Vertreter einer Reihe der südlichen Staaten mit Erbitterung protestiert haben. Es war ja gerade diese Frage, um derentwillen es zur Abspaltung der Staatsrechtspartei von den Demokraten kam. Wie es gelingen kann, diese Anträge gegen den Widerstand des Südens im Senat durchzubringen – es gibt im Senat keine Beschränkung der Redezeit, und die südlichen Senatoren haben solche Anträge bisher immer zu Tode geredet –, ist einstweilen noch nicht klar.

4.

Eine ernste *Krise in der Republikanischen Partei* ist wohl unausbleiblich. Durch zwanzig Jahre von der Präsidentschaft ferngehalten zu werden, ist im Zweiparteiensystem für die historischen Parteien kaum erträglich. In diesem, den Republikanern so günstigen Wahlkampf besiegt worden zu sein, ist eine Schmach, die von den Parteitreuen schmerzlich empfunden wird. Daß Dewey besiegt wurde, obwohl die Demokraten eine doppelte Abspaltung – Wallace auf der Linken, die Staatsrechtler auf der Rechten – erlitten hatten, zeigt, wie sehr die Republikanische Partei an Schwungkraft und Anziehungskraft verloren hat.

Die wahrscheinlichste Folge wird die sein, daß sich die Republikaner nach einer neuen Führung umsehen werden. Es gibt jüngere Männer in der Partei – nicht viele, aber doch einige –, die sich hervorgetan haben und Führungsanspruch erheben können. Senator Henry Cabot Lodge und Senator Saltonstall in Massachusetts sind die am häufigsten erwähnten Namen. Einstweilen aber bleibt Dewey, der Tradition gehorchend, der Führer der Partei. Und ein bloßer Personalwechsel wird kaum ausreichen, um das triste Schicksal der Partei zu verbessern. Es geht darum, die Herrschaft, die die Großindustrie über den Parteiapparat ausübt, zu brechen. Solange die Republikaner in weiten Kreisen einfach als die Partei der Großbourgeoisie und der Hochfinanz angesehen werden, als deren Werkzeug im Kampf gegen die Gewerkschaften, wird es den Republikanern nicht leichtfallen, die Mehrheit zu erobern.

Henry Wallace, auf dem andern Pol der Politik, ist noch schlimmer daran. Mit wenig mehr als einer Million Stimmen – nicht viel mehr, als der Sozialistenführer Norman Thomas im Jahre 1932 errang – ist Wallace nicht ein Parteiführer, sondern der Chef einer Sekte, die am Rand der amerikanischen Politik steht. Er hat Einfluß im Staate Neuyork, der Hochburg der radikalen

Ideen in Amerika, vielleicht in Illinois und Kalifornien, aber im Rest des Landes gibt es kaum ein Bäckerdutzend von Wallace-Anhängern. Die Zukunft der Wallace-Partei ist ungewiß. Der Sieg Trumans und die vernichtende Niederlage Wallaces haben aber zugleich auch allen andern Ideen über die Gründung einer «Dritten Partei» erheblichen Abbruch getan. Es ist bekannt, daß sich vor allem der Vorsitzende der Automobilarbeitergewerkschaft, Walter Reuther, mit solchen Gedanken trug. Nach diesem Wahlausgang ist es nicht wahrscheinlich, daß diese Pläne in absehbarer Zeit verwirklicht werden können. Die Kommunisten, die die Wallace-Partei beherrschten, haben damit nicht nur Wallace, sondern den Gedanken einer Dritten Partei überhaupt aufs schwerste geschädigt.

Es ist klar, daß Truman nach diesem gewaltigen persönlichen Erfolg der Führer der Partei ist und wenigstens für einige Zeit ihren Kurs setzen kann. Die einzige organisierte Gruppe, der er Dank schuldet und Dank ausgesprochen hat, sind die Gewerkschaften. Durch die Wallace-Abspaltung der äußersten Linken ledig, durch den Konflikt mit den Staatsrechtparteilern von der schlimmsten Reaktion befreit, kann Truman einen Kurs des Fortschritts, der Sympathie für die Gewerkschaften und der Überwindung des Rassenhasses gehen. Das ist die hoffnungsvolle Botschaft, die Amerika am 2. November in die Welt hinaussandte.

ANNA SIEMSEN

Strukturwandel der deutschen Gesellschaft

Hamburg, im November 1948

Dem oberflächlichen Beobachter muß es scheinen, als ob, auf einem sehr viel tieferen Niveau, die deutschen Gesellschaftsklassen sich im übrigen erhalten haben. Besonders muß dieser Eindruck entstehen nach der Währungsreform. Es gibt wieder Luxushotels und Restaurants. Es gibt gesellschaftliche Veranstaltungen, Ausstellungen und ein Kunstleben, und selbstverständlich gibt es ungemein viel Vergnügungen, von der Tanzbar bis zum Kino, vom teuersten bis zum wohlfeilen. Und es gibt wieder sehr scharfe Grenzen zwischen den «Massen» und der «guten Gesellschaft». Beamte, Offiziere, Großbürgertum und Gutsbesitzer sind entweder schon wieder rangiert oder erfolgreich bemüht, sich zu rangieren. Unter ihnen stuft sich wieder die mannigfachste Variation von Gesättigtsein, Mangel und blankem, hungerndem Elend. Aber das zeigt sich nicht offen. Und welcher Journalist oder Tourist ist scharfäugig genug, es zu sehen?